



Foto: dpa / Ron Perle

Religion ist in Österreich ein Pflichtfach, von dem man sich abmelden kann. Ethikunterricht gibt es seit 22 Jahren nur als „Schulversuch“.

Ethikunterricht, bitte warten

Türkis-Blau hat den Ethikunterricht für „Religionsabmelder“, der im Herbst 2020 starten sollte, gesetzlich nicht mehr auf Schiene gebracht. Momentan fühlt sich niemand dafür zuständig. Ein Fall für die nächste Regierung.

Lisa Nimmervoll

Eigentlich soll es ja ab Herbst 2020 in der neunten Schulstufe, beginnend in AHS und polytechnischen Schulen, ab 2021 dann auch in BMHS und Berufsschulen, Ethikunterricht geben – wenn auch nur für jene Schülerinnen und Schüler, die keinen Religionsunterricht besuchen. So sah zumindest der Plan der ÖVP-FPÖ-Regierung aus. Die ist bekanntlich geplatzt und hinterließ nur einen entsprechenden Ministerratsbeschluss vom März 2019, aber keinen Gesetzesentwurf.

Damit hängt der Ethikunterricht – nach mehr als zwei Jahrzehnten als „Schulversuch“ seit 1997 – wieder komplett in der Luft, weil es keine gesetzliche Basis für die Realisierung gibt. Es sei denn, es findet sich jemand, der dem neu gewählten Nationalrat

ein Gesetz zur Einführung eines Ethikunterrichts vorlegt. Die Frage ist nur, wer. Und wer es dann beschließen würde.

Im Moment scheint sich niemand wirklich dafür zuständig zu fühlen. Aus dem ÖVP-Klub heißt es: „Der Ball ist jetzt beim Ministerium. Unsere Position ist unverändert.“ Tatsächlich fand sich der „Ethikunterricht für alle, die nicht das Fach Religion besuchen“ im Wahlprogramm von ÖVP-Chef Sebastian Kurz. Die Pläne dafür sollten „rasch umgesetzt werden“.

Der vormalige blaue Koalitionspartner scheint aktuell andere Probleme zu haben als Ethik in der Schule. Es war nicht zu eruieren, ob die FPÖ die türkis-blaue Hinterlassenschaft aufgreifen will.

Im Bildungsministerium geht man seit dem Amtsantritt der Be-

amtenregierung davon aus, dass das Fach Ethik plangemäß mit dem Schuljahr 2020/21 starten wird. Allerdings immer auch mit dem Zusatz, dass dafür eben ein Beschluss des neuen Unterrichtsfachs im Parlament notwendig sei.

Ministerium steht bereit

Ministerin Iris Rauskala sagte auf STANDARD-Anfrage: „Ich gehe davon aus, dass die legislative Umsetzung möglichst zeitnah erfolgt, parallel dazu erarbeiten wir auch gerade die Lehrpläne. Nach legislativer Umsetzung – also der gesetzlichen Verankerung des Faches – kann die Begutachtung des Lehrplanes erfolgen.“

Dass die Beamtinnenregierung einen Entwurf für einen Ethikunterricht im Ministerrat einstimmig beschließt und dann als Re-

gierungsvorlage einbringt, ist angesichts der selbstverordneten Zurückhaltung des Kabinetts Bierlein nicht zu erwarten.

Entscheidend ist also das Parlament. Ein Kenner der parlamentarischen Abläufe, der ehemalige langjährige Klubdirektor der ÖVP und nunmehrige Leiter des Instituts für Parlamentarismus und Demokratieforschung, Werner Zögernitz, hält es für „unwahrscheinlich“, dass die Volkspartei jetzt in der heiklen Phase der Sondierungen mit den Grünen, die demnächst offiziell in Regierungsverhandlungen münden dürften, einen alten Plan, den sie mit der FPÖ umsetzen wollte, einbringen und mit den Freiheitlichen beschließen könnte – zumal die Grünen immer für ein Pflichtfach Ethik für alle waren.

Zögernitz formuliert es im STANDARD-Gespräch diplomatisch und doch eindeutig: „Eine Präjudizierung eines möglichen Regierungspartners würde ich für ungewöhnlich halten. Ich kann mir schwer vorstellen, dass man dem neuen Partner solche Altlasten vor die Tür stellt.“ Heißt im Klartext: Wird so nicht passieren. Die ÖVP wird die türkis-blaue Spielart eines Ethikunterrichts nicht als Initiativantrag ins Parlament bringen und mit dem im Zuge der Ibiza-Affäre als untauglich abgelegten Koalitionspartner nachträglich beschließen. Die Zeiten für gemeinsame Anträge sind ohnehin Vergangenheit.

Das bedeutet: Ethikunterricht, welcher auch immer, steht und fällt mit der neuen Regierung. Wie auch immer die aussehen wird.

„Von Indoktrination kann keine Rede sein“

Die Philosophin **Barbara Brünig** über Ethikunterricht für alle als Idealmodell, das Vorbild Luxemburg und Erziehung zur Nachdenklichkeit als Lehrziel.

INTERVIEW: Lisa Nimmervoll



Ginge es nach den Plänen der geplatzen ÖVP-FPÖ-Regierung, dann sollte es ab Herbst 2020 Ethikunterricht als Pflichtfach ab der neunten Schulstufe, beginnend in AHS und polytechnischen Schulen, geben – aber nur für die Schülerinnen und Schüler, die keinen Religionsunterricht besuchen. Zu eng gedacht, meint die Hamburger Philosophin Barbara Brünig, die ihre Habilitationsschrift dem Ethikunterricht in Europa widmete. Sie empfiehlt einen Blick nach Luxemburg.

STANDARD: Was halten Sie davon, Ethikunterricht nur für jene Schülerinnen und Schüler verpflichtend zu machen, die keinen konfessionellen Religionsunterricht haben?
Brünig: Wir haben in Deutschland bis auf Berlin und Brandenburg in allen Bundesländern die gleiche Regelung wie in Österreich, da das Grundgesetz in Arti-

kel 7 Absatz 3 Religion als ordentliches Lehrfach garantiert. Ethikunterricht als Alternative ist aus meiner Sicht zunächst eine pragmatische Lösung, da sich nun auch Schülerinnen und Schüler, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, mit wichtigen Sinnfragen in der Schule beschäftigen können. Als Ideal betrachte ich jedoch einen Ethikunterricht für alle, in dem allerdings auch Religion bzw. religiöse Diversität einen gebührenden Platz erhalten, wie zum Beispiel im Fach „Vie et société“ („Leben und Gesellschaft“) in Luxemburg.

STANDARD: Ab wann sollte es Ethikunterricht geben? In Österreich ist das neunte Schuljahr das letzte der Schulpflicht. Reicht ein Jahr?

Brünig: Die Beschäftigung mit wichtigen Sinnfragen lässt sich nicht auf ein Jahr beschränken, da Kinder bereits im Vor- und Grund-

schulalter Fragen an die Welt stellen. In Deutschland haben deshalb acht Bundesländer Ethikunterricht als Religionsalternative bereits in der Grundschule eingeführt, um Kindern von Beginn ihrer Schulzeit an eine ethische Orientierung zu geben.

STANDARD: Warum braucht es überhaupt Ethikunterricht?

Brünig: In der modernen Schule geht es vorrangig um Wissen und Fakten. Deshalb braucht es auch Fächer wie Ethik und Religion, die dieses Wissen in einen größeren Sinnzusammenhang stellen, im Sinne von: Woher kommen wir? Wohin gehen wir? Darüber hinaus orientiert der Ethikunterricht junge Menschen an Werten, Normen und moralisch guten Haltungen (Tugenden), was in dieser Komplexität nicht von anderen Fächern geleistet werden kann.

STANDARD: Gegnerinnen und Gegner des Ethikunterrichts sagen mitunter: Da werden die Schülerinnen und Schüler bloß anders, eben nichtreligiös indoktriniert. Quasi Gensinnungsunterricht der anderen Art, oder Political Correctness als Schulfach. Ihre Antwort?

Brünig: Wer sich die europäischen Curricula des Ethikunterrichts anschaut, der wird trotz unterschiedlicher Themenbereiche oder Methoden ein gemeinsames Ziel finden: die Erziehung zur Nachdenklichkeit. Schülerinnen und Schüler sollen durch den Ethikunterricht angeregt werden, über wichtige Sinnfragen wie beispielsweise nach Glück und Gerechtigkeit selbst nachzudenken und ihre Weltsicht durch Gedanken aus der philosophischen Tradition von Platon bis Hannah Arendt im Dialog mit anderen zu formen bzw. auch infrage zu stellen. Da es in der philosophischen Tradition immer verschiedene Positionen zu Sinnfragen gegeben hat und gibt, kann von Indoktrination keine Rede sein.

STANDARD: Wer soll Ethik unterrichten? Auch konfessionelle Religionslehrerinnen und -lehrer?

Brünig: Jeder Lehrer bzw. jede Lehrerin, der oder die eine Ausbildung in Problemkreisen der philosophischen Tradition absolviert hat und die Grundmethoden des Philosophierens anwendet, kann das Fach unterrichten, also auch Religionslehrkräfte, die sich an

der Offenheit und Pluralität ethischen Denkens orientieren.

STANDARD: Wann ist Ethikunterricht erfolgreich, was wird benoten?

Brünig: Ethikunterricht ist dann erfolgreich, wenn Schülerinnen und Schüler über wichtige Sinnfragen nachdenken und versuchen, eigene Antworten darauf zu finden. Dazu benötigen sie Kompetenzen wie die Fähigkeit, ethische Begriffe zu klären, zu argumentieren bzw. Argumente auf ihre Überzeugungskraft hin zu prüfen und Gedankenketten zu „spinnen“, das heißt eigene kreative Ideen zu ethischen Problemen zu entwickeln. Aus der Fridays-for-Future-Bewegung kommen da aktuelle schöne Beispiele.

BARBARA BRÜNIG (68) war an den Unis Hamburg und Luxemburg Professorin mit Schwerpunkt Philosophiedidaktik und Philosophieren mit Kindern sowie von 1997 bis 2008 für die SPD Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft. Sie referiert am 6. November (17 Uhr, NIG, Hörsaal 3D) im Rahmen der Vortragsreihe „Fachdidaktik kontrovers“ zum Thema „Erziehung zur Nachdenklichkeit: Philosophieren mit Jugendlichen als Basis des Ethikunterrichts“.

Foto: Cremer